

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

18. WP - 62. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, 10 Uhr  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Christopher Vogt (FDP)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Tobias von Pein (SPD)

Regina Poersch (SPD)

i. V. von Olaf Schulze

Kai-Oliver Vogel (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

**Weitere Abgeordnete**

Oliver Kumbartzky (SPD)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Sachstandsbericht über die Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Bund über die Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV</b>	<b>5</b>
Antrag des Abg. Johannes Callsen (CDU) <a href="#">Umdruck 18/4908</a>	
<b>2. Übersicht über den aktuellen Bearbeitungsstand der Förderrichtlinien mit EFRE-Bezug für das Landesprogramm Wirtschaft (LPW)</b>	<b>9</b>
Antrag des Abg. Johannes Callsen (CDU) <a href="#">Umdruck 18/4908</a>	
<b>3. ITI Westküste</b>	<b>11</b>
Antrag des Abg. Tobias von Pein (SPD) <a href="#">Umdruck 18/4907</a>	
<b>4. Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten</b>	<b>13</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1964  (überwiesen am 10. Juli 2014)  hierzu: <a href="#">Umdrucke 18/3432, 18/3455, 18/3465, 18/3477, 18/3488, 18/3511, 18/3512, 18/3526, 18/3557</a>	
<b>5. Landesstraßenzustand - aktueller Stand</b>	<b>14</b>
Bericht der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/3267</a>	
<b>6. Interessenbekundungsverfahren für Bau der Westlichen Elbquerung einleiten</b>	<b>15</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/3348</a>	
<b>7. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Kommunalwirtschaft</b>	<b>16</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/3152</a>	

- 8. Vermeidung von Plastikmüll in Schleswig-Holstein** **17**
- Große Anfrage der Fraktion der PIRATEN  
[Drucksache 18/2570](#)
- Antwort der Landesregierung  
[Drucksache 18/3058](#)
- 9. WLAN in Regional- und Fernverkehrszügen** **18**
- Antrag des Abg. Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)  
[Umdruck 18/4919](#)
- 10. Verschiedenes** **19**

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung des Wirtschaftsausschusses um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschuss fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden, geänderten Fassung gebilligt, nachdem der Ausschuss übereingekommen ist, die folgenden Anträge von der Tagesordnung abzusetzen:

- **Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten,**  
Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1964,
- **Keine Bundesautobahngesellschaft - Auftragsverwaltung des Bundes für die Bundesfernstraßen und die Bundesstraßen durch die Länder beibehalten,**  
Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/3190,  
Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3373,
- **Vermiedene Netzentgelte streichen und Referenzertragsmodell beibehalten**  
Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3347,
- **Bericht der Landesregierung betreffend Anwendbarkeit des Erlasses zu Windenergie evaluieren**  
Drucksache 18/3266,
- **Ein Glasfaseranschluss für jede Schule**  
Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/3310 (neu).

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Sachstandbericht über die Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Bund über die Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV**

Antrag des Abg. Johannes Callsen (CDU)

[Umdruck 18/4908](#)

Zu den Regionalisierungsmitteln führt Minister Meyer aus, dass man sich diesbezüglich im formalen Verfahren im Vermittlungsausschuss befinde. Er weist auf die bekannte Vorgeschichte und die zum Thema Regionalisierungsmittel eingesetzte Arbeitsgruppe hin, in der unter anderem er den Vorsitz innehat. Themen der Arbeitsgruppe seien die vom Bund gewünschte Transparenz sowie die von den Ländern geforderte Begrenzung der Stations- und Trassenpreise. Am 24. September 2015 seien die Verhandlungen der Arbeitsgruppe durch

einen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz im Rahmen des Flüchtlingspaketes und der diesbezüglichen Verhandlungen auf der Bund-Länder-Ebene überholt worden. Dort habe man vereinbart, dass es ab 2016 auf Basis des Länderentwurfs 8 Milliarden € Regionalisierungsmittel mit einer Dynamisierung von 1,8 % geben solle. Besonders wichtig für die Länder sei die lange Laufzeit von 15 Jahren, um entsprechende Planungssicherheit zu gewährleisten. Wichtig sei ebenfalls, dass die Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) über 2019 hinaus verlängert werden sollten. Das sei für den ÖPNV und speziell den SPNV ein wichtiger Aspekt. Beim Bundes-GVFG gehe es um 350 Millionen € pro Jahr, die für größere Projekte ab 50 Millionen € eingesetzt würden, also zum Beispiel die S 21 oder die S 4. Dort gebe es die Sicherheit über 2019 hinaus, dass es einen entsprechenden Finanzierungstopf geben werde. Noch wichtiger sei das Thema Länder-Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) - ungefähr 1,3 Milliarden € pro Jahr -, was die Grundlage der Finanzierung vieler Projekte auf der kommunalen Ebene in Schleswig-Holstein sei. Nach der Ministerpräsidentenkonferenz sei entschieden worden, die entsprechenden Mittel von 8 Milliarden € mit der genannten Dynamisierung nach dem sogenannten Kieler Schlüssel auf die Länder zu verteilen. Das führe dazu, dass - bedingt durch den Kieler Schlüssel - einige ostdeutsche Bundesländer real würden Verluste hinnehmen müssen, da in das erste Gesetz die Höhe der Mittel ohne entsprechende Kriterien aufgenommen worden sei, was den ostdeutschen Bundesländern damals ermöglicht habe, ÖPNV und SPNV aufzubauen. Der Kieler Schlüssel Sorge in seiner Wirkung jetzt dafür, dass dadurch wieder Mittel von Ost nach West verteilt würden. Die volle Wirkung des Kieler Schlüssels würde jedoch erst 2031 entfaltet. Eine Umverteilung halte er deswegen für gerechtfertigt, weil es Beispiele westdeutscher Bundländer gebe, die nicht in der Lage seien, das derzeitige Angebot ohne Zuschuss von Landesmitteln aufrechtzuerhalten. Zu erwarten sei, dass eine Neuverteilung der Mittel, die dazu führe, dass die ostdeutschen Länder weniger erhielten, während der kommenden Ministerpräsidentenkonferenz thematisiert werde.

Zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz legt Minister Meyer dar, dass das Bundesfinanzministerium insofern eine eigenwillige Interpretation nach Vorliegen der Einigung vorgenommen habe, als dort gesagt worden sei, dass die Bundes-GVFG-Mittel gemeint seien, eine Differenzierung, die jedoch in dem Beschluss nicht vorhanden sei. Die Länder wollten darüber hinaus noch das Thema der Dynamik der Stations- und Trassenpreise mit dem Bund angehen. Eine Dynamisierung von 1,8 % würde nach derzeitigen Erwägungen ausreichen, wenn nicht die Stations- und Trassenpreise wären, die pro Jahr zwischen 2,4 und 2,8 % stiegen. Die Länder hätten jedoch keine Möglichkeit, daran etwas zu ändern oder diese zu begrenzen, da der Bund über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung die Bahn finanziere und die DB-Netz Stations- und Trassenpreise festlege, die nach formalen Kriterien durch die Regulierungsbehörde begutachtet würden. Eine Begrenzung liege im Interesse von Bund und Ländern und werde Gegenstand der weiteren Beratungen sein. Am 13. Oktober 2015 werde die zweite

Sitzung der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses stattfinden. Momentan gehe man davon aus, dass man das Verhandlungsergebnis der Ministerpräsidentenkonferenz vom 24. September 2015 in Gesetzesform umsetzen und dem Vermittlungsausschuss vorlegen werde. Das im Vermittlungsausschuss gefundene Ergebnis müsse dann zunächst im Bundesrat bestätigt werden.

Auf eine Frage des Abg. Callsen zu den Planungen der Landesregierung mit den erwarteten höheren Mitteln unterstreicht Minister Meyer, dass Konkretisierungen erst vorgenommen würden, wenn das tatsächliche Ergebnis vorliege. Wünschenswert sei, wenn man dieses ausverhandelte gute Ergebnis auch tatsächlich erreichen könne. Dafür sei die Nutzung der Kontakte zu Bundestagsabgeordneten hilfreich. Auf Schleswig-Holstein heruntergebrochen bedeute das Ergebnis zusätzliche Mittel in Höhe von über 750 Millionen € bis 2031, wobei die Zahlungen im Laufe der Jahre anstiegen. Nun müsse man eruieren, welche Investitionen man sich pro Jahr leisten könne. Zunächst müsse man Gewissheit über die Zahlen erlangen, man werde im Ausschuss über die Entwicklung berichten. Projekte, die derzeit auf Eis lägen, sollten dann realisiert werden.

Auf eine Frage des Abg. Vogt zur Vorlage eines möglichen Konzepts durch die Landesregierung legt Minister Meyer dar, dass man dies gemeinsam mit NAH.SH besprechen und darum bitten werde, den Nahverkehrsplan entsprechend zu aktualisieren. Er gehe davon aus, dass man noch in diesem Jahr sprechfähig sein werde.

Von Abg. Dr. Breyer auf eine mögliche Bürgerbeteiligung beziehungsweise Beteiligung des Parlaments bei der Mittelverteilung angesprochen, legt Minister Meyer dar, dass in dem Verfahren von NAH.SH die Träger der öffentlichen Belange beteiligt würden. Er führt weiter aus, dass die möglichen Projekte bereits in der Öffentlichkeit diskutiert würden, zum Beispiel die Strecken Kiel-Schönberger Strand oder Wrist-Kellinghusen. Besonders wichtig sei, Transparenz bei den Kosten herzustellen.

Abg. Callsen plädiert dafür, nicht nur Schienenpersonennahverkehr, sondern auch Busverkehr beim Ausbau zu berücksichtigen.

Abg. Vogel unterstreicht, dass die letzte Landesregierung die Strecke Kiel-Schönberg positiv begleitet habe, insofern könne er die Zurückhaltung von Abg. Callsen nicht ganz nachvollziehen. Zum Thema Bürgerbeteiligung legt er dar, dass er eine Abstimmung innerhalb Schleswig-Holsteins über einzelne Verkehrsprojekte kritisch sehe. Wichtig sei in dem Zusammenhang nämlich auch, das ganze Land im Blick zu behalten.

Abg. von Pein warnt davor, Bürgerbeteiligung dort stattfinden zu lassen, wo keine echte Wahlmöglichkeit bestehe. Das könne nicht im Sinne der Politik sein.

Abg. Dr. Tietze weist im Zusammenhang mit der Bürgerbeteiligung auf den Landesnahverkehrsplan hin. Insofern seien die Projekte klar. Wichtig sei, keine Strecken aufzumachen, aus denen am Ende keine Verkehre generiert würden. Man müsse seiner Ansicht nach auf eine gute Kosten-Nutzen-Perspektive achten.

Zum Thema Busverkehr, das von Abg. Callsen angesprochen worden war, weist Abg. Dr. Tietze auf die Unterschiedlichkeit der einzelnen Kreise hin. Man müsse sich den Verlauf bestimmter Verkehrsachsen ansehen und eine entsprechende Planung vornehmen, bei der gegebenenfalls auch die Finanzierungsverantwortung des Landes Berücksichtigung finde.

Minister Meyer unterstreicht, dass es keine ideologischen Vorbehalte gegen Bus- oder Schienenverkehr gebe. Wichtig sei, darauf zu achten, wo der jeweils größte ökonomische und ökologische Nutzen erreicht werden könne. Die Finanzierungsvereinbarung mit den Kommunen im Hinblick auf Busverkehr gelte noch bis Ende 2017. Man werde auf Basis der Regionalisierungsmittel prüfen, ob eine Anhebung möglich sein könne. Die entsprechende Diskussion müsse anhand der konkreten, dann vorliegenden Zahlen stattfinden. Besonders vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es schon erfolgreiche Beispiele von Fernbusverbindungen innerhalb Schleswig-Holsteins gebe, sei deren Einrichtung zu begrüßen, wo sich dies anbiete.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.



Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Übersicht über den aktuellen Bearbeitungsstand der Förderrichtlinien mit EFRE-Bezug für das Landesprogramm Wirtschaft (LPW)**

Antrag des Abg. Johannes Callsen (CDU)

[Umdruck 18/4908](#)

Einleitend zu seinem Antrag bringt Abg. Callsen seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass von den durch die Landesregierung dem Europaausschuss vorgelegten elf Richtlinien, die das Wirtschaftsministerium betreffen, bisher nur eine in Kraft getreten sei, alle anderen befänden sich in der Bearbeitung. Die nicht vorhandenen Förderrichtlinien seien aus seiner Sicht eine Bremse für Investitionen. Er interessiert sich für den konkreten Bearbeitungsstand der Richtlinien und dafür, über welche Zahl von vorliegenden Anträgen man bei allen Förderrichtlinien rede.

Minister Meyer verweist einleitend auf sein Schreiben an den Europaausschuss, den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss (Umdruck 18/5318 (neu)). In der Tat seien zurzeit noch viele Richtlinien in der Bearbeitung. Er legt dar, dass das Operationelle Programm im Herbst des vorangegangenen Jahres genehmigt worden sei. Über die damit direkt im Zusammenhang stehenden Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) bestehe seit Februar diesen Jahres Klarheit. Insgesamt stünden in diesem Zusammenhang erfreulicherweise mehr Mittel für Schleswig-Holstein zur Verfügung. Die Auswahl- und Fördergrundsätze für das Landesprogramm Wirtschaft (LPW) seien am 20. April 2015 im Amtsblatt veröffentlicht worden, was die Grundlage dafür darstelle, dass die Förderdienstleister WTSH und IB.SH beraten könnten. Förderanträge könnten also bereits vorbearbeitet werden, und vorzeitige Maßnahmebeginne könnten erteilt werden. Dies sei bereits geschehen, wenn Fördermittelantragsteller auf die Dringlichkeit hingewiesen hätten. Die Bearbeitungszeiten seien jedoch durch die Einhaltung des Personalabbaupfads angestiegen. Eine weitere Verzögerung trete durch die Tatsache ein, dass Verfahren komplizierter geworden seien. So sei eine Abstimmung mit zahlreichen Akteuren notwendig, auch die Berücksichtigung von Kriterien wie gute Arbeit hätten Zeit in Anspruch genommen. Wichtig für die Landesregierung sei gewesen, dass Ende August im Amtsblatt die Richtlinie zur einzelbetrieblichen Förderung habe veröffentlicht werden können. Er selbst gehe davon aus, dass bis Ende des Jahres die Richtlinien, die im Verantwortungsbereich des Wirtschaftsministeriums lägen, verabschiedet werden könnten.

Abg. Callsen weist auf die große Deckungsgleichheit der alten mit den neuen Richtlinien hin, insofern könne er den großen Arbeitsaufwand nicht ganz nachvollziehen. Ihn interessiert, wie viele weitere Anträge, die bisher noch nicht bearbeitet seien, beim Wirtschaftsministerium vorlägen.

Minister Meyer unterstreicht, dass man im Zusammenhang mit der Richtlinie zur einzelbetrieblichen Förderung intensiv über das Thema gute Arbeit diskutiert habe. Das habe viel Zeit gekostet. Die Zahl der offenen Anträge in den anderen Richtlinien werde das Ministerium schriftlich nachreichen (Umdruck 18/4904).

Der Wirtschaftsausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **ITI Westküste**

Antrag des Abg. Tobias von Pein (SPD)

[Umdruck 18/4907](#)

Einleitend weist Minister Meyer zu den Integrierten Territorialen Investitionen an der Westküste (ITI Westküste) darauf hin, dass man sich bereits länger mit dem Thema beschäftige, bei dem man sich insgesamt auf Neuland im Hinblick auf dieses europäische Förderprogramm befinde. Im September letzten Jahres sei ein Wettbewerbsaufruf gestartet worden, die Wettbewerbsphase sei am 31. März 2015 abgeschlossen gewesen. Insgesamt seien zwölf Konzepte aus der Region mit einem Mittelvolumen von 200 Millionen € eingereicht worden, es stünden jedoch nur 30 Millionen € an Fördermitteln zur Verfügung. Die in der Region zu beobachtende Dynamik im Hinblick auf die Entwicklung der Konzepte sehr erfreulich. Man habe auch im Zuge der Projektoptimierung eruiert, inwiefern Programme, die aus ITI-Mitteln förderfähig seien, gegebenenfalls auch aus anderen Fördertöpfen des Landes gefördert werden könnten. Da zu erwarten stehe, dass auch Mittel aus anderen Fördertöpfen zusätzlich akquiriert werden könnten, werde der Mehrwert für die Westküste deutlich über die 30 Millionen € hinausgehen. Im Westküstenbeirat sei gemeinsam mit dem ITI-Gremium eine finale Bewertung vorgenommen worden. Diese habe am 30. September 2015 stattgefunden. Neun Konzepte seien übriggeblieben, die jetzt weiter betrachtet würden, auch im Hinblick auf Nutzung weiterer Fördertöpfe. Zurzeit gehe man davon aus, dass über die 30 Millionen € ITI-Mittel hinaus auch eine Summe von 12 bis 14 Millionen € aus GRW-Mitteln zur Verfügung gestellt werden könne. Drei Projekte seien aus formalen Gründen ausgeschieden. Jetzt arbeite man an einer weiteren Verdichtung der Projekte und an einer Konkretisierung. Angestrebt sei eine Finalisierung und Auswahl der Konzepte im zweiten Quartal 2016.

Auf eine Frage des Abg. Magnussen zur Unterstützung der Konzeptentwicklung führt Herr Balduhn, Leiter des Referats Regional- und Strukturpolitik, EFRE, GRW und EU-Angelegenheiten im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, aus, dass dafür 25.000 € maximal pro Konzept zur Verfügung gestellt werden könnten.

Auf eine weitere Frage des Abg. Magnussen zur Anzahl der hinter den Konzepten stehenden Projekte führt Herr Balduhn aus, dass dies 114 einzelne Projekte in zwölf Konzepten seien. In den nach der Aussortierung verbliebenen neun Konzepten seien noch 60 Einzelprojekte enthalten. Bei diesen gehe man zurzeit von einer EFRE-Förderfähigkeit aus. Sollte eine Förde-

rung einzelner Projekte aus dem ITI-Fördertopf nicht möglich sein, bestehe immer noch die Möglichkeit, gegebenenfalls auf andere Fördermittel zurückzugreifen.

Von Abg. Dr. Tietze auf die regionale Verteilung angesprochen, führt Herr Balduhn aus, dass eine detaillierte Auswertung nach Regionen noch nicht vorliege.

Herr Balduhn zählt die neun als förderfähig eingestuften Konzepte, unter anderem zum Beispiel Husumer Bucht, Kulturwerk Westküste oder Strandkonzept Föhr, sowie die drei herausgefallenen Konzepte auf.

Abg. Magnussen interessiert sich für die Erstellung des Leitfadens, der Voraussetzung für eine Konkretisierung der Projekte sei. - Herr Balduhn legt dar, dass man plane, den Leitfaden bis zum Ende des Jahres fertigzustellen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/1964](#)

(überwiesen am 10. Juli 2014)

hierzu: [Umdrucke 18/3432, 18/3455, 18/3465, 18/3477, 18/3488, 18/3511, 18/3512, 18/3526, 18/3557](#)

Der Vorsitzende weist auf die durchgeführte schriftliche Anhörung hin.

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des Punktes aufgrund des noch bestehenden Beratungsbedarfs bei der Fraktion der CDU auf eine seiner nächsten Sitzungen zu vertagen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Landesstraßenzustand - aktueller Stand**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/3267](#)

(überwiesen am 16. September 2015 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Interessenbekundungsverfahren für Bau der westlichen Elbquerung einleiten**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/3348](#)

(überwiesen am 16. September 2015)

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktion der CDU betreffend Interessenbekundungsverfahren für Bau der westlichen Elbquerung einleiten, Drucksache 18/3348, zur Ablehnung.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Kommunalwirtschaft**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/3152](#)

(überwiesen am 16. September 2015 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/3152, schließt sich der Ausschuss dem Verfahren des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an.



Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Vermeidung von Plastikmüll in Schleswig-Holstein**

Große Anfrage der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/2570](#)

Antwort der Landesregierung

[Drucksache 18/3058](#)

(überwiesen am 17. September 2015 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**  
und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Wirtschaftsausschuss schließt sich dem Verfahren des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses an.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **WLAN in Regional- und Fernverkehrszügen**

Antrag des Abg. Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

[Umdruck 18/4919](#)

Minister Meyer weist einleitend auf die von Bundesverkehrsminister Dobrindt erhobene Forderung zur Einrichtung von WLAN in Regional- und Nahverkehrszügen hin. Eine Realisierung sei aber nur nach Ausstattung mit entsprechenden Mitteln möglich. Das Land befürworte eine entsprechende Einrichtung bei Vorhandensein der Mittel. Dies sei auch die Position, mit der man in die Debatte in der Verkehrsministerkonferenz gehe.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Breyer zur Finanzierung im Nachgang zur Einigung der Verkehrsministerkonferenz beziehungsweise im Hinblick darauf, ob die dann zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel dafür eingesetzt werden, weist Minister Meyer auf die Tatsache hin, dass bis jetzt die Einigung noch nicht erzielt sei. Über die Einigung werde die Landesregierung dem Ausschuss gern berichten. Bei der Betrachtung der derzeit in Rede stehenden 750 Millionen € für Schleswig-Holstein über die kommenden 15 Jahre müsse berücksichtigt werden, ob die Stations- und Trassenpreise in den Griff bekommen werden könnten. Andere Faktoren seien zusätzliche Wünsche, die ebenfalls geäußert wurden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Dr. Breyer regt an, sich im Ausschuss von einem Vertreter Niedersachsens das dortige Bürgerbeteiligungsverfahren erläutern zu lassen. - Abg. Vogel weist auf den Landesnahverkehrsplan und die im Zusammenhang mit dessen Erstellung erfolgte Beteiligung des Parlaments hin. - Der Ausschuss kommt überein, zunächst keine entsprechende Einladung auszusprechen.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 11:05 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

Geschäfts- und Protokollführer